

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	19.01.2021	Belange werden berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage, keine Einwände.	Kenntnisnahme.	
Zweckverband Landeswasserversorgung, Stuttgart	22.01.2021	<p>Der Bebauungsplan liegt in der weiteren Wasserschutzzone für die Grundwasserfassungen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung im Egautal. Das Wasserschutzgebiet ist seit über 50 Jahren durch die Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums Nordwürttemberg über das Wasserschutzgebiet für die Grundwasserfassungen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung in den Landkreisen Heidenheim und Aalen vom 31.10.1967 (GBl. S. 259) i. d. F. der Rechtsverordnung vom 14.08.1972 (GBl. S. 573)" rechtskräftig festgesetzt.</p> <p>Im schriftlichen Teil der Einbeziehungssatzung wird unter Nr. 12 Grundwasserschutz das Wasserschutzgebiet ins Brenztal verortet. Der Bezug auf das WSG Egautal und die o.g. Rechtsverordnung ist zu ändern.</p> <p>In der Begründung zur Einbeziehungssatzung wird ausgeführt, dass das Niederschlagswasser aus Dach-, Hof- und öffentlichen Verkehrsflächen einer zentralen Versickerungsanlage zugeführt werden soll. In diesem Fall ist der erste Absatz der Nr.11 Niederschlagswasser des schriftlichen Teils zu streichen. Dem Bau auch von modifizierten Sickerschächten kann aufgrund der Lage direkt an der Grenze zur engeren Wasserschutzzone nicht zugestimmt werden.</p> <p>Wir möchten Sie bitten, uns am parallellaufenden Verfahren der Entwässerungsmaßnahmen zu beteiligen.</p> <p>Gegen die vorgelegte Einbeziehungssatzung haben wir darüber hinaus keine Einwände.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Unter Nr. 12 im Schriftlichen Teil wird die Rechtsverordnung korrigiert.</p> <p>Der erste Absatz von Nr. 11 wird teilweise gestrichen. Sickerschächte sind generell unzulässig, eine Versickerung von anfallenden Oberflächenwasser auf Privatgrundstück ist weiterhin möglich.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
Ostalbkreis/ Landkreis Heidenheim, Flurneuordnung und Landentwicklung, Dienstszitz Ellwangen	24.02.2021	Keine laufenden oder geplanten Flurneuordnungsverfahren. Belange sind nicht betroffen. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht erforderlich.	Kenntnisnahme.	
terraneis bw GmbH, Stuttgart	24.02.2021	Keine Anlagen im Geltungsbereich. Von Maßnahme nicht betroffen.	Kenntnisnahme.	
Netzgesellschaft Ostwürttemberg DonauRies GmbH, Ellwangen	24.02.2021	Keine Anregungen.	Kenntnisnahme.	
LNV-Arbeitskreis HDH und NABU-KV HDH	25.02.2021	Wir sehen keine grundsätzlichen Einwände, da eine Arrondierung und Einbettung in ein bereits bestehendes Wohnumfeld angestrebt wird. Es findet dann keine nennenswerte Beeinflussung bedrohter Vogelarten statt, sofern bei den Baumhöhlenkartierungen der tangierten Streuobstbäume hier keine seltenen Brutvorkommen nachgewiesen wurden. Für die Entfernung der beschriebenen Streuobstbäume ist jedoch eine entsprechende Ausgleichsmaßnahme anzustreben. In der Relevanzprüfung wird aus Sicht des privaten Naturschutzes zu Recht in Bezug auf höhlenbrütende Vogelarten und höhlenbewohnende Fledermausarten eine Baumhöhlenkartierung empfohlen. Diese bitten wir auf alle Fälle umzusetzen. Bei den Nistkästen für Vögel und Fledermäuse ist sicherzustellen, dass diese jährlich gereinigt werden. In der ‚Artenschutzrechtlichen Relevanzprüfung‘ sind unter Pkt. 8 entsprechende Minderungsmaßnahmen beschrieben. Diese Maßnahmen müssen als Nebenbestimmung in den Bebauungsplan mit aufgenommen werden, ebenso die zu planende Ausgleichsmaßnahme sowie das Pflanzgebot zur Biotopvernetzung.	Kenntnisnahme. Kenntnisnahme und Berücksichtigung. Wie in der Relevanzprüfung beschrieben, werden die Streuobstbäume soweit möglich erhalten. Es finden vorsorglich jedoch Ersatzpflanzungen im Bereich des Regenrückhaltebeckens, sowie in den neu entstehenden Hausgärten statt. Wird berücksichtigt. Die Nebenbestimmungen, Ausgleichsmaßnahmen und Pflanzgebote werden in den Schriftlichen Teil mit aufgenommen.	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
		Zusätzlich sollten PV-Anlagen für die Wohnhäuser vorgeschrieben werden, ebenso keine Schottergärten. Eine insektenfreundliche Beleuchtung ist bereits vorgesehen und wird von uns begrüßt.	Kenntnisnahme PV-Anlage. Ein Hinweis, dass keine großflächigen Schottergärten zugelassen werden wird ergänzt. Kenntnisnahme.	
IHK Ostwürttemberg, Heidenheim	01.03.2021	Kein Anlass zu Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche.	Kenntnisnahme.	
Abwasserzweckverband Härtsfeld, Neresheim	16.03.2021	Interessen sind ausreichend berücksichtigt. Ein Anschluss an den bestehenden Mischwasserkanal ist möglich und das Regenwasser soll über eine zentrale Versickerungsanlage wieder dem Wasserkreislauf zugeführt werden.	Kenntnisnahme.	
GASCADE Gastransport GmbH, Abt. GNL Kassel	17.03.2021	Anlagen sind nicht betroffen.	Kenntnisnahme.	
Vodafone BW GmbH (Unitymedia), Kassel	18.03.2021	Keine Einwände.	Kenntnisnahme.	
Polizeipräsidium Ulm	19.03.2021	Verweis auf gemeinsame Stellungnahme mit LRA HDH.	Kenntnisnahme.	
Regionalverband Ostwürttemberg, Schwäbisch Gmünd	24.03.2021	Durch die Einbeziehungssatzung soll im Süden von Dischingen ein Baugebiet mit acht Grundstücken für Wohnen geschaffen werden. Vor dem Hintergrund des § 1a Abs. 2 BauGB (sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden) und dem Plansatz 3.1.9 (Z) im Landesentwicklungsplan (Beschränkung der Inanspruchnahme von Böden auf das Unvermeidbare), weist der Regionalverband darauf hin, dass vorhandene Baulücken und Baulandreserven vorrangig zu erschließen sind, sodass bestehende Wohngebiete verdichtet wer-	Durch die Einbeziehungssatzung wird die Gesamtplanung, wie im Bebauungskonzept dargestellt, realisierbar und trägt damit zur maßvollen Innenentwicklung und Arrondierung von Dischingen bei. Mit der Gesamtplanung wird eine sinnvolle, nachhaltige Weiterentwicklung an der bereits bebauten und verkehrstechnisch gut erreichbaren Ortrandlage verwirklicht.	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
		<p>den oder Arrondierungen entstehen, zumal laut Website der Gemeinde noch Bauplätze zum Verkauf zur Verfügung stehen.</p> <p>Darüber hinaus weist der rechtskräftige Flächennutzungsplan von Dischingen geplante Wohnbauflächen aus, die vorrangig zur Deckung des Wohnbauflächenbedarfs herangezogen werden sollten. Die Bedarfsbegründung ist im weiteren Verfahren dahingehend zu vertiefen.</p> <p>Der Regionalverband Ostwürttemberg weist außerdem auf die Einhaltung der Mindestbruttowohndichte (Einwohner pro Hektar) hin. Bei Dischingen handelt es sich um ein Kleinzentrum. Der Regionalverband Ostwürttemberg sieht für Kleinzentren im ländlichen Raum eine Siedlungsdichte von 45 EW/ha vor. Ausgehend von einer Wohnbebauung mit acht Einfamilienhäusern und unter der Annahme von 1,3 Wohneinheiten je Bauplatz (d.h. jeder dritte Bauplatz ist mit zwei Wohneinheiten belegt) sowie 2,2 Einwohner je Wohneinheit (aktuelle Daten des Statistischen Landesamtes) ließe sich eine Bruttowohndichte von ca. 27 EW/ha erreichen. Die Planung sollte so angepasst werden, dass die Mindestsiedlungsdichte von 45 EW/ha erreicht wird (z.B. durch Zulassen von Reihenhausbauung oder Verkleinerung der Grundstücke), um einem schonenden und verantwortungsvollen Umgang mit Grund und Boden gerecht zu werden.</p>	<p>Die Umnutzung des stillgelegten landwirtschaftlichen Betriebsareals im Norden zur Wohnbebauung entspricht den Zielen der Raumordnung.</p> <p>Auf der gemeindeeigenen Homepage werden zukünftige Baugebiete vorgestellt. Die Anzahl der Bauplätze die momentan noch zur Verfügung stehen ist minimal. Die Nachfrage an Bauplätzen ist jedoch sehr hoch. Konkret liegen für das Gebiet Anfragen zur verdichteten Bebauung in Form von einem Doppelhaus und einem Mehrfamilienhaus, sowie weitere Anfragen zur Einfamilienhausbebauung vor. Das Gesamtplangebiet ist überzeichnet. Da Bauvorhaben vorrangig am Bestand zu erschließen sind, ist die gewünschte Flächenbevorzugung der ausgewiesenen Wohnbaugebiete im aktuellen Flächennutzungsplan (FNP) nicht nachvollziehbar. Zudem gestaltet sich der dafür notwendige Grunderwerb zum Erhalt der ausgewiesenen Wohnbauflächen im FNP äußerst schwierig und eine zeitnahe Nutzung ist nicht machbar. An der Gesamtplanung für innerörtliche Entwicklung wird festgehalten, da der angestrebte Lückenschluss sich stark am Innenbereich orientiert und größtenteils im FNP liegt und dessen Vorgaben entspricht.</p> <p>Die Berechnung der Wohndichte wurde ergänzt. Mit 43 EW/ha wird annähernd der geforderte Wert erreicht und</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
			<p>befindet sich damit im Toleranzbereich. Zu beachten ist, dass das Bauungskonzept eine unverbindliche Darstellung aufzeigt. Die Grundstücksgrößen können demnach auch kleiner ausfallen, aber auch verdichtete Bauweise kann im Vorhabensgebiet umgesetzt werden, da dies nicht ausgeschlossen wird.</p> <p>Zur Sicherung des Artenschutzes ist der Baumbestand im nördlichen Bereich zu erhalten. Zudem ist ein Pflanzstreifen als Biotopverband zum südlichen Außenbereich anzulegen. Diese Maßnahmen beeinflussen die Grundstückszuschnitte und Flächenbilanz.</p> <p>Die Begründung wurde vertieft. Verweis auf Begründung.</p>	
Deutsche Telekom Technik GmbH, Stuttgart	25.03.2021	<p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.</p> <p>Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter dem im Briefkopf genannten Adresse oder unter der Mailadresse „ T-NL-Suedwest-PTI-22-Neubaugebiete@telekom.de ” so früh wie möglich, mindestens sechs Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
Regierungspräsidium Stuttgart - Wirtschaft und Infrastruktur	25.03.2021	<p>Raumordnung Die Gemeinde Dischingen beabsichtigt am südlichen Ortsrand eine Einbeziehungssatzung mit einer Größe von ca. 0,84 ha nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB zu erlassen, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit für acht Wohngebäude zu schaffen.</p> <p>Unter Ziffer 2 der Begründung werden zur Erforderlichkeit der Planung gemäß § 1 Abs. 3 BauGB leider nur recht knappe und wenig konkrete Ausführungen gemacht; auch eine diesbezügliche Ergänzung per E-Mail vom 12.03.2021 wird leider nicht entscheidend konkreter. Es wäre in diesem Zusammenhang daher wünschenswert, in den Unterlagen darauf einzugehen, dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens des Flächennutzungsplanes 2020 – Fortschreibung 2030 der Gemeinde Dischingen zwei Wohnbauflächen am Ortsrand von Dischingen enthalten sind. Zum einen die Wohnbaufläche „Rosenbach“ mit ca. 1,6 ha Größe im Norden von Dischingen, und zum andern die Wohnbaufläche „spitziger Berg“ mit ca. 3,1 ha Größe im Nordosten von Dischingen. Letztere wurde mangels Bedarf von vormals ca. 4,4 ha sogar um ca. 1,3 ha verkleinert. Beide Wohnbauflächen sind mittlerweile durch öffentliche Bekanntmachung vom 05.03.2021 rechtswirksam.</p> <p>Zudem verweisen wir in Anbetracht der vorgesehenen recht üppigen Grundstücksgrößen von hauptsächlich zwischen knapp 800 m² und ca. 900 m² sowie im Einzelfall von über 1.000 m² auf § 34 Abs. 5 Satz 2 BauGB, wonach in Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB einzelne Festsetzungen nach § 9 Absatz 1 getroffen werden können. Ferner ist gemäß § 34 Abs. 5 Satz 4 BauGB auf die Satzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB ergänzend § 1a Abs. 2 BauGB entsprechend anzuwenden, demzufolge mit Grund und Boden sparsam und schonen umgegangen werden soll.</p>	<p>Der Gesamtumfang des Vorhabens beträgt ca. 0,84 ha, der Geltungsbereich der Einbeziehungssatzung weist eine Fläche von ca. 0,41 ha auf.</p> <p>Durch die Einbeziehungssatzung wird die Gesamtplanung, wie im Bebauungskonzept dargestellt, realisierbar und trägt damit zur maßvollen Innenentwicklung und Arrondierung von Dischingen bei. Mit der Gesamtplanung wird eine sinnvolle, nachhaltige Weiterentwicklung an der bereits bebauten und verkehrstechnisch gut erreichbaren Ortrandlage verwirklicht. Die Umnutzung des stillgelegten landwirtschaftlichen Betriebsareals im Norden zur Wohnbebauung entspricht den Zielen der Raumordnung.</p> <p>Auf der gemeindeeigenen Homepage werden zukünftige Baugebiete vorgestellt. Die Anzahl der Bauplätze die momentan noch zur Verfügung stehen ist minimal. Die Nachfrage an Bauplätzen ist jedoch sehr hoch. Konkret liegen für das Gebiet Anfragen zur verdichteten Bebauung in Form von einem Doppelhaus und einem Mehrfamilienhaus, sowie weitere Anfragen zur Einfamilienhausbebauung vor. Das Gesamtplangebiet ist überzeichnet. Da Bauvorhaben vorrangig am Bestand zu erschließen sind, ist die gewünschte Flächenbevorzugung der ausgewiesenen Wohnbaugebiete im aktuellen Flächennutzungsplan (FNP)</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
		<p>Daher regen wir in Bezug auf das vorgelegte Bebauungskonzepts im Stadium eines Vorentwurfs an, konkrete Festsetzungen zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung zu treffen sowie deutlich kleinere Grundstücksgrößen oder alternativ mehr Wohngebäude, z. B. Reihenhausbauung, vorzusehen. Zum einen, um die vorgenannte Verpflichtung nach § 1a Abs. 2 BauGB zum schonenden und sparsamen Umgang mit Grund und Boden zu erfüllen. Zum anderen, um die vom Regionalverband Ostwürttemberg vorgesehene Dichte von 45 EW/ha für ein Kleinzentrum wie Dischingen erreichen zu können.</p> <p>Auf Basis der vorliegenden Unterlagen können wir nämlich derzeit lediglich eine Dichte von 27 EW/ha ermitteln: $8 \text{ Baufelder für EFH} \cdot \text{durchschnittl. } 1,3 \text{ WE je EFH} = 10,4 \text{ WE}$ $10,4 \text{ WE} \cdot 2,2 \text{ EW/WE} = 22,88 \text{ EW}$ $22,88 \text{ EW} : 0,84 \text{ ha Plangebietsgröße} = 27,2 \text{ EW/ha}.$</p> <p><u>Umwelt</u> Naturschutzgebiete sowie Flächen des Artenschutzprogramms Baden-Württemberg sind von dem Vorhaben nicht betroffen.</p>	<p>nicht nachvollziehbar. Zudem gestaltet sich der dafür notwendige Grunderwerb zum Erhalt der ausgewiesenen Wohnbauflächen im FNP äußerst schwierig und eine zeitnahe Nutzung ist nicht machbar. An der Gesamtplanung für innerörtliche Entwicklung wird festgehalten, da der angestrebte Lückenschluss sich stark am Innenbereich orientiert und größtenteils im FNP liegt und dessen Vorgaben entspricht.</p> <p>Die Berechnung der Wohndichte wurde ergänzt. Mit 43 EW/ha wird annähernd der geforderte Wert erreicht und befindet sich damit im Toleranzbereich. Zu beachten ist, dass das Bebauungskonzept eine unverbindliche Darstellung aufzeigt. Die Grundstücksgrößen können demnach auch kleiner ausfallen, aber auch verdichtete Bauweise kann im Vorhabensgebiet umgesetzt werden, da dies nicht ausgeschlossen wird.</p> <p>Zur Sicherung des Artenschutzes ist der Baumbestand im nördlichen Bereich zu erhalten. Zudem ist ein Pflanzstreifen als Biotopverband zum südlichen Außenbereich anzulegen. Diese Maßnahmen beeinflussen die Grundstückszuschnitte und Flächenbilanz.</p> <p>Die Begründung wurde vertieft. Verweis auf Begründung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
		<p>Die weitere naturschutzfachliche Beurteilung sowie die artenschutzrechtliche Prüfung (ggf. inkl. der CEF-Maßnahmen) gem. §§ 44 ff BNatSchG obliegen grundsätzlich zunächst der unteren Naturschutzbehörde. Nur dann, wenn für streng geschützte Tier- und Pflanzenarten eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG oder eine Befreiung nach § 67 BNatSchG erforderlich ist, bedarf es eines Antrags an das Regierungspräsidium (Referat 55). Gleiches gilt, wenn es sowohl für streng als auch für nicht streng geschützte Arten einer Ausnahme oder Befreiung bedarf.</p> <p><u>Landwirtschaft</u> meldet Fehlanzeige</p> <p><u>Denkmalpflege</u> meldet Fehlanzeige</p> <p>Zur Aufnahme in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs. 3 LplG gebeten, dem Regierungspräsidium nach Inkrafttreten des Planes eine Mehrfertigung davon in digitalisierter Form zugehen zu lassen.</p>	<p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>	
<p>Landratsamt Heidenheim</p> <p>- FB Bau, Umweltschutz und Recht <u>Baurecht</u></p> <p><u>Gewerbeaufsicht</u></p>	<p>26.03.2021</p> <p>Ergänzung 27.05.2021</p>	<p>Sollte es, wie in der Begründung zur Einbeziehungssatzung ausgeführt, um die Schaffung der Zulässigkeit künftiger Wohngebäude gehen, wäre eine Änderung des Flächennutzungsplans notwendig, da dieser bisher eine gemischte Baufläche ausweist.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass neben Einzel oder Doppelhausbebauung auch eine Mischnutzung künftig gewährleistet werden muss.</p> <p>Auf die Wohnbebauung einwirkende gewerbliche Einflüsse waren vor Ort nicht festzustellen. Durch die geän-</p>	<p>Aufgrund der unverbindlichen Darstellung im Bebauungskonzept kann nicht auf ein WA geschlossen werden. An der Mischnutzung wird weiterhin festgehalten.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
Wasserversorgung / Grundwasserschutz		<p>derte Ortsgrenze rückt die Bebauung auch nicht näher als bereits bestehende Wohnhäuser an die angrenzenden Sportanlagen heran. Aus Sicht des Immissions-schutzes bestehen daher keine Bedenken gegen die Einbeziehungssatzung.</p> <p>Im Textteil zum Entwurf der Einbeziehungssatzung ist unter Ziffer 12 als Geltungsbereich des Plangebiets die Lage innerhalb der gemeinsamen Wasserschutzzone II der Fassungen im Brenztal genannt. Das ist nicht korrekt. Das Plangebiet liegt innerhalb der Wasserschutzzone III (WSZ III) der Fassungsanlagen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung im Egautal. Hier gilt die Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums Nordwürttemberg über das Wasserschutzgebiet für die Grundwasserfassungen des Zweckverbandes Landeswasserversorgung in den Landkreisen Heidenheim und Aalen vom 31. Oktober 1967 (GBl. S. 259) in der Fassung der Rechtsverordnung vom 14. August 1972 (GBl. S. 573).</p> <p>Im Begründungsentwurf zur Einbeziehungssatzung „An der Halde / Mühlbergstraße“ wird unter Ziffer 5, Regenwasser, der Bau eines Versickerungsbeckens beschreiben. Innerhalb der Wasserschutzzone III darf unverschmutztes Niederschlagswasser von befestigten Flächen nur über eine 30 cm mächtige belebte Bodenzone versickert werden.</p> <p>Für die geplante Niederschlagswasserbeseitigung über ein Trennsystem mit anschließender Versickerung über eine zentrale Versickerungsanlage ist eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich.</p> <p>Die Gemeinde Dischingen hat hierfür die abgestimmten Antragsunterlagen dem Landratsamt Heidenheim zur Durchführung des Wasserrechtsverfahrens vorzulegen.</p> <p>Im Plangebiet sind dem Fachbereich Bau, Umwelt und</p>	<p>Unter Nr. 12 im Schriftlichen Teil wird die Rechtsverordnung korrigiert.</p> <p>Unter Nr. 12 im Schriftlichen Teil wird der Hinweis zur Versickerung ergänzt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Antragunterlagen werden dem LRA HDH vorgelegt.</p> <p>Hinweis wird unter Nr. 18 Bodenschutz</p>	
Kommunales Abwasser / Niederschlagswasserbeseitigung				
Altlasten / Abfall				

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
<u>Bodenschutz</u>		<p>Gewerbeaufsicht keine Altablagerungen oder Untergrundverunreinigungen bekannt. Sollten im Zuge von Baumaßnahme Untergrundverunreinigungen (z.B. Müllrückstände, Verfärbungen des Bodens, auffälliger Geruch oder ähnliches) angetroffen werden, ist nach § 3 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz das Landratsamt Heidenheim zu verständigen.</p> <p>Unvermeidbare Beeinträchtigungen von Böden durch Eingriffe sind entweder auszugleichen oder zu ersetzen. Als fachliche Grundlage für die Erfassung des Kompensationsbedarfs sowie zur Bewertung von bodenbezogenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist die Arbeitshilfe „Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (Heft 24)“ der LUBW anzuwenden. Schwerpunktmäßig sollten dabei bodenspezifische Maßnahmen wie z.B. Oberbodenauftrag, Entsiegelung, Rekultivierung oder Erosionsschutz gewählt werden, die tatsächlich zu einer Aufwertung von Bodenfunktionen beitragen.</p> <p>In dem Textteil des Bebauungsplanes sind zum vorsorgenden Bodenschutz gem. §§ 4 und 7 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) ergänzend folgenden Nebenbestimmungen aufzunehmen:</p> <p>- Dächer aus kupfer-, zink- oder bleigedektem Metall sind nicht zulässig. Zur Dacheindeckung sind nur beschichtete oder in ähnlicher Weise behandelte Metaldächer zu verwenden, um die Anreicherung von Schwermetallen im Boden zu vermeiden.</p> <p>Ferner haben Schottergärten negative Auswirkungen auf das Mikroklima, bieten keinen Lebensraum und vermindern die Bodenfunktionsleistung. Nach § 9 Landesbauordnung sind unbebaute Flächen als Grünflächen anzulegen oder anderweitig zu begrünen. Wir empfehlen deshalb, das Anlegen von Schottergärten durch eine</p>	<p>aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Hinweis wird unter Nr. 18 Bodenschutz aufgenommen.</p> <p>Ein Hinweis, dass keine großflächigen Schottergärten zugelassen werden wird ergänzt.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
- FB Wald- und Naturschutz <u>Naturschutz</u>		<p>Begrünungsvorschrift einzuschränken oder gänzlich auszuschließen.</p> <p>Die Belange von Natur und Landschaft sowie Artenschutz sind in den nachfolgenden Kapiteln thematisch geordnet dargestellt.</p> <p>I. Schutzgebiete: Vom Vorhaben werden keine Schutzgebiete oder geschützten Biotope unmittelbar überplant. Westlich der Mühlbergstraße befindet sich das nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i. V. m. § 33 Naturschutzgesetz Baden-Württemberg (NatSchG) geschützte Offenlandbiotop Nr. 173281350164 „Breite Hecke südwestlich Dischingen“, im Südosten an der Egau das geschützte Biotop Nr. 173281350165 „Kurzer Feldgehölzstreifen an der Egau südlich Dischingen“. Im Übrigen grenzt das Landschaftsschutzgebiet Nr. 1.35.069 „Michaelsberg, Eisbühl mit Umgebung, südwestlich von Dischingen“ westlich an die Vorhabensfläche an.</p> <p>II. Artenschutz: Um die Belange des besonderen Artenschutzes nach § 44 Abs. 1 BNatSchG zu überprüfen, wurde vom Planungsbüro Zeeb & Partner eine artenschutzrechtliche Relevanzprüfung erstellt, die den Unterlagen beiliegt. Faunistische Kartierungen erfolgten im vorliegenden Verfahren bislang nicht, potentiell betroffene und hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände abzuprüfende Arten (in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführte Arten sowie europäische Vogelarten) wurden anhand des Informationssystems Zielartenkonzept (ZAK) eruiert. Dieses Vorgehen wird aufgrund der geringen Flächengröße und der vorhandenen, überwiegend intensiv genutzten Habitatstrukturen von Seiten der unteren Naturschutzbehörde (UNB) akzeptiert.</p> <p>Die Relevanzprüfung kommt zu dem Schluss, dass eine</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichti-</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
		<p>artenschutzrechtliche Betroffenheit nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG (Tötungs-, Störungs- und Beschädigungsverbot) in erster Linie von höhlenbewohnenden und –nutzenden Vogel- und Fledermausarten durch die Umstrukturierung des Gebiets mit Gehölzentfernungen nicht ausgeschlossen werden kann, weshalb gewisse Verminderungs- und Vermeidungsmaßnahmen notwendig werden. Diese werden von Seiten der UNB ebenfalls als notwendig erachtet und werden ergänzend zur Darstellung in der Relevanzprüfung in IV. Auflagen und Hinweise festgesetzt. Die Festsetzungen sind in die Begründung bzw. den schriftlichen Teil der Einbeziehungssatzung zu übernehmen.</p> <p>Welche Gehölze konkret betroffen sind und ob diese Ruhe- und Fortpflanzungsstätten aufweisen, ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht abschließend bekannt. Hierzu wird vorab eine Baumhöhlenkontrolle erforderlich. Entfallende Quartiere sind durch die Installation von geeigneten künstlichen Nisthilfen zu ersetzen (vgl. Nebenbestimmung Nr. 3).</p> <p>Die Schaffung einer möglichst extensiv genutzten Fläche mit Gehölzpflanzungen und Ansaaten im Bereich des Retentionsbeckens als Ausgleich für im Zuge der Umstrukturierung entfallende Nahrungshabitate und Lebensräume wird von Seiten der UNB begrüßt. Ebenfalls positiv gesehen wird die Gehölzlinie am östlichen Rand des Vorhabensgebiets gesehen, hierbei sollte jedoch geprüft werden, inwieweit schon bestehende Gehölze erhalten und als Pflanzbindung ausgewiesen werden können. Ein Erhalt ist einer Neupflanzung in jedem Fall vorzuziehen.</p> <p>Sofern die unter IV. dargestellten Auflagen und Hinweise beachtet werden, bestehen seitens der UNB keine Bedenken gegenüber der Einbeziehungssatzung.</p> <p>III. Eingriffsregelung: Aufgrund der Lage im Innenbereich nach § 34 BauGB</p>	<p>gung. Die Festsetzungen werden in die Begründung übernommen.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung. Es ist geplant, die bestehenden Gehölze am östlichen Rand des Vorhabensgebiets zu erhalten und durch weitere Pflanzungen in diesem Bereich zu ergänzen.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
		<p>findet die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung gemäß § 18 Abs. 2 BNatSchG außerhalb der artenschutzrechtlichen Belange (s. o.) keine Anwendung, ein Umweltbericht oder eine Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung ist nicht erforderlich.</p> <p>Von Seiten der UNB wird auf die Gestaltung der Gartenanlagen gemäß § 21a NatSchG hingewiesen.</p> <p>Auflagen und Hinweise: Auflagen:</p> <p>1. Die artenschutzrechtlichen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen sind entsprechend den Ausführungen in den Unterlagen (Artenschutzrechtliche Relevanzprüfung vom 21.01.2021) einzuhalten und umzusetzen.</p> <p>2. Um sicherzustellen, dass die festgelegten und geforderten Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen korrekt eingehalten bzw. umgesetzt werden, wird eine ökologische Baubegleitung angeordnet. Die Gemeinde hat hierfür rechtzeitig, mindestens jedoch 2 Wochen vor Baubeginn gegenüber der unteren Naturschutzbehörde eine oder mehrere Personen zu benennen, welche für die fachgerechte Umsetzung der Maßnahmen verantwortlich ist/sind. Vor Beginn der Geländearbeiten müssen im Rahmen einer Besprechung zwischen der Gemeinde mit der ökologischen Baubegleitung und der unteren Naturschutzbehörde die operativen Details festgelegt werden. Die ökologische Baubegleitung hat Protokolle inkl. einer Fotodokumentation zur erfolgreichen Durchführung der Maßnahmen zu verfassen, die der Gemeinde und der unteren Naturschutzbehörde auszuhändigen sind.</p> <p>3. Vor der Inanspruchnahme von Gehölzen ist eine Baumhöhlenkontrolle durchzuführen, um potentielle artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG mit hinreichender Sicherheit</p>	<p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
		<p>ausschließen zu können. Ergänzend zu den in der artenschutzrechtlichen Relevanzprüfung dargestellten Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen sind vorgefundene Höhlen, Spalten und Nester zu dokumentieren und in einem Plan kartografisch zu vermerken. In Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde sind bei einem Entfall von Quartieren geeignete Nisthilfen durch die ökologische Baubegleitung vorzuschlagen und zu installieren. Aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde bietet sich an, die Kartierung bei Kenntnis des genauen Planungszustands mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf für den gesamten Umgriff des Vorhabensgebiets durchzuführen, um mögliche Ersatzmaßnahmen frühzeitig abstimmen zu können.</p> <p>4. Die notwendigen Ersatzmaßnahmen sind für die Dauer des Eingriffs umzusetzen, falls erforderlich fachgerecht zu pflegen, zu erhalten und bei Abgang umgehend gleichartig zu ersetzen. Die Nistkästen sind ergänzend hierzu jährlich außerhalb der Brutzeit zu kontrollieren und zu reinigen.</p> <p>5. Falls seltene Brutvogelarten nachgewiesen werden sollten, ist das weitere Vorgehen mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.</p> <p>6. Für Bepflanzungen und vor allem Ansaaten sind heimische, standort- und landschaftsgerechte Gehölze und Saatgut (autochthon) aus demselben regionalen Herkunftsgebiet bzw. Naturraum (Vorkommensgebiet „Schwarzwald, Württembergisch-Fränkisches Hügelland und Schwäbisch-Fränkische Alb“ für autochthones Gehölzgut bzw. das Ursprungsgebiet „Schwäbische Alb“ für autochthones Saatgut) von einem entsprechend zertifizierten Produzenten zu verwenden. Zier- und Zuchtformen sind nicht zulässig.</p> <p>7. Es darf keine Beeinträchtigung der angrenzen-</p>	<p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
		<p>den geschützten Biotop Nr. 173281350164 „Breite Hecke südwestlich Dischingen“ und 173281350165 „Kurzer Feldgehölzstreifen an der Egau südlich Dischingen“ durch die Bautätigkeiten erfolgen. Gemäß § 30 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG sind alle Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung führen können, verboten. Bei allen zu erhaltenden Gehölzbeständen und Vegetationsflächen, die unter anderem als relevante Habitate dienen oder als Biotop naturschutzrechtlich geschützt und nicht zur Beseitigung beantragt sind, sind die DIN 18920 und RAS-LP 4 einzuhalten. Insbesondere sind bei allen Einzelbäumen stabile Bauzäune vorzusehen, die den Kronen- und Wurzelraum vor Befahren, vor Verdichtungen oder einer sonstigen Beeinträchtigung sichern.</p> <p>Innerhalb von oder direkt an Biotopen sind (Ab-)Lagerungen z. B. von Erdmaterial, Abstellen von Kraftfahrzeugen oder sonstige Inanspruchnahmen dieser Flächen nicht zulässig.</p> <p>8. Der unteren Naturschutzbehörde ist der Beginn der Bautätigkeiten spätestens eine Woche vorab schriftlich anzuzeigen.</p> <p>9. Es ist darauf zu achten, dass Neophyten durch die Bauausführung nicht eingeschleppt, weiterverbreitet und gefördert werden. Arbeits- bzw. Trassenbereiche mit Eingriffen in die Vegetationsdecke können u. a. durch Einschleppen von Samen und Rhizomen, z. B. mit Baumaschinen, zu Ausbreitungszentren von problematischen Neophyten werden. Florenverfälschungen sind gemäß § 40a BNatSchG auszuschließen. Daher sind wirksame Kontroll- und ggf. dauerhafte Gegenmaßnahmen zur Unterdrückung von Neophyten (z. B. Reinigung der Maschinen, Bekämpfung) umzusetzen.</p> <p>10. Eine eventuell notwendige Außenbeleuchtung ist so zu gestalten, dass das Licht nur nach unten strahlt</p>	<p>gung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
- FB Landwirtschaft		<p>und nicht in die freie Landschaft, in Gehölze oder in den Himmel abstrahlt. Zur Verminderung des schädlichen Einflusses auf die Umwelt, insbesondere auf die Insektenwelt, sind Natriumdampflampen („Gelblicht“) oder warmweiße LED-Lampen (mit geringem Blauanteil) zu verwenden. Die Gehäuse der Lampen sind insektendicht zu gestalten. Die Leuchtmittel sind mit keiner höheren Leuchtstärke als erforderlich zu verwenden.</p> <p>Hinweise: 11. Es sollte die Neupflanzung von einem hochstämmigen, heimischen (Obst-)Baum je Grundstück festgesetzt werden.</p> <p>12. Die Gestaltung der öffentlichen Grünfläche im Süden des Vorhabensgebiets sollte möglichst extensiv und ökologisch hochwertig erfolgen (siehe Nebenbestimmung Nr. 6).</p> <p>Den Planunterlagen liegt die Variante 4a des Bebauungskonzeptes als Anlage bei. Es sollte geprüft werden, ob durch eine Verschiebung der Bauplatzgrenzen eine Erhöhung der Wohndichte im Planbereich möglich ist, um so den Grundsatz des sparsamen Flächenverbrauches ausreichend zu berücksichtigen.</p>	<p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung.</p> <p>Die Berechnung der Wohndichte wurde ergänzt. Mit 43 EW/ha wird annähernd der geforderte Wert erreicht. Das Bebauungskonzept zeigt eine unverbindliche Darstellung. Die Grundstücksgrößen können demnach auch kleiner ausfallen und auch verdichtete Bauweise kann im Vorhabensgebiet umgesetzt werden, da dies nicht ausgeschlossen wird. Die Begründung wurde vertieft.</p>	
- FB Straßenverkehr		<p>Die geplante Fahrbahnbreite und Ausmaße des Wendehammers der Mühlbergstraße entsprechen grundsätzlich den geltenden Straßenbaurichtlinien, (Ziff. 4.3, 5.2.2 und 6.1.2.2 Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen - RAST 06).</p> <p>Jedoch ist offensichtlich kein Gehweg geplant. Diesbe-</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Auf eine Gehwegverbindung wird</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
- Kreisabfallwirtschaftsbetrieb		<p>züglich wird darauf hingewiesen, dass an neu zu errichtenden bzw. auszubauenden, angebauten Straßen Anlagen für den Fußgängerverkehr überall erforderlich sind (Ziff. 6.1.6 RASSt 06) und die Straßenverkehrsbehörde und Polizei angesichts der geplanten Wohnbebauung aus Gründen der Verkehrssicherheit der zu Fuß Gehenden, insbesondere der Kinder, anregen, zumindest einen einseitigen Gehweg (Mindestbreite 1,50 m) herzustellen. Sollte an der Planung ohne Gehweg festgehalten werden, sollte dieser Gesichtspunkt durch die Gemeinde Dischingen sachgerecht abgewogen und begründet werden.</p> <p>Auf ausreichende Garagenvorplätze und eine niedrige Höhe der Einfriedigungen entlang der öffentlichen Verkehrsfläche zur Freihaltung der Sichtfelder wurde in den Planungen hinreichend Rücksicht genommen.</p> <p>Gemäß der DGUV Information 214-033 „Sicherheitstechnische Anforderungen an Straßen und Fahrwege für die Sammlung von Abfällen““ lfd. Nr.3 „Wendeanlagen“ darf Müll nach den geltenden Arbeitsschutzvorschriften gemäß § 16 DGUV Vorschrift 43 „Müllbeseitigung“ (bisher BGV C27) nur abgeholt werden, wenn die Zufahrt zu Müllbehälterstandplätzen so angelegt ist, dass ein Rückwärtsfahren nicht erforderlich ist. Die identische Forderung ergibt sich aus § 4 Abs.3 Betriebssicherheitsverordnung.</p> <p>Sackgassen, die nach dem Erlass der DGUV Vorschrift 43 „Müllbeseitigung“ (bisher BGV 027) am 01.10.1979 gebaut sind oder bei denen der Feststellungsbeschluss nach dem 01.10.1979 rechtskräftig wurde, müssen am Ende über eine geeignete Wendeanlage verfügen.</p> <p>Wendekreise/ Wendeschleifen sind dann geeignet, wenn sie:</p> <p>a) ein Wendemanöver in einem Zug erlauben, ohne</p>	<p>verzichtet, da es sich bei der Erschließungsstraße um eine Wohnstraße handelt, die nur die Andienung an die geplanten Grundstücke vorsieht. Durchgangsverkehr findet nicht statt. Aufgrund der geringen Verkehrsauslastung dieser Erschließungsstraße wird eine Mischnutzung angestrebt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der dargestellte einseitige Wendehammer mit Abmessungen von ca. 20 m x 15 m ist für dreiachsige Müllfahrzeuge ausgelegt. Das Wenden im Wendehammer ist mit ein- bis höchstens zweimaligem Zurückschlagen möglich. Die fehlende Freihaltezone von 1 m Breite wurde im Zeichnerischen Teil ergänzt. Diese Zone ist von Hindernissen freizuhalten. Dieser Hinweis wurde in der Begründung ergänzt.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
		<p>dass der Bordstein überfahren werden muss; der erforderliche Radius ist vom Fahrzeugtyp (2- oder 3- achsig, ggf. lenkbare Achsen) abhängig;</p> <p>b) mindestens die Schleppkurven für die eingesetzten bzw. einzusetzenden Abfallsammelfahrzeuge berücksichtigen;</p> <p>c) in der Zufahrt eine Fahrbahnbreite von mindestens 5,50m haben;</p> <p>d) an der Außenseite der Wendeanlage eine Freihaltezone von 1m Breite für Fahrzeugüberhänge vorgesehen ist (frei von Hindernissen wie Schaltschränken, Lichtmasten, Verkehrsschildern, Bäumen und anderen festen baulichen Einrichtungen).</p> <p>Im Landkreis Heidenheim kommen ausschließlich 3-achsige Müllfahrzeuge zum Einsatz. Deshalb sollte für einen Wendehammer ca. 20m x 15m eingeplant werden, für einen Wendekreis 19m x 20m. Es wird angeraten, die Wendeanlage nach den dargestellten Kriterien zu gestalten. Eine Nichtbeachtung könnte dazu führen, dass die Müllentsorgung nicht an der Grundstücksgrenze stattfinden kann. Müllgefäße wären in diesem Fall an einem vom Müllfahrzeug erreichbaren Ort bereitstellen.</p> <p>Sollten von der Bauplanung umliegende Gebiete betroffen sein, so ist darauf zu achten, dass damit keine Einschränkungen der bestehenden Regelungen in diesem Gebiet im Hinblick auf die Abfallentsorgung (Anfahrbarkeit der Grundstücke durch die Müllfahrzeuge, Plätze für Müllbehälter usw.) einhergehen.</p> <p>Grundsätzlich wird darum gebeten, ausreichend Stauraum für die Bereitstellung der Müllgefäße einzuplanen.</p>		
Vermögen und Bau Baden Württemberg, Schwäbisch Gmünd	26.03.2021	Keine Bedenken.	Kenntnisnahme	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
Regierungspräsidium Freiburg - Geologie, Rohstoffe und Bergbau	29.03.2021	<p>Hinweise zur Übernahme von vorgeschlagenen geotechnischen Hinweisen.</p> <p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros. Eine wasserwirtschaftliche Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, empfiehlt das LGRB andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan:</p> <p>Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Ausstrichbereich der Gesteine der Mergelstetten-Formation (Oberjura), welche überwiegend von Holozänen Abschwemmmassen mit einer zu erwartenden geringen Mächtigkeit im Dezimeterbereich überlagert werden. Die Holozänen Abschwemmmassen neigen zu einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen / tonig-schluffigen Verwitterungsbodens. Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmgefüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen. Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen. Wegen der Gefahr der Ausspülung lehmgefüllter Spalten ist bei Anlage von Versickerungseinrichtungen auf ausreichenden Abstand zu Fundamenten zu achten. Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Grün-</p>	Die geotechnischen Hinweise werden im Schriftlichen Teil unter Nr. 21 Geotechnik übernommen.	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
		dungshorizontes, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehrerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.		
Regierungspräsidium Stuttgart - Straßenwesen und Verkehr	01.04.2021	Die Erschließung des Plangebiets ist über die „Mühlbergstraße“ geplant. Diese wiederum ist über eine Gemeindestraße an die L 1181 innerhalb der Ortsdurchfahrt von Dischingen angeschlossen. Die Belange des Baureferats sind demnach von dem Vorhaben nicht direkt betroffen.	Kenntnisnahme	
Handwerkskammer Ulm	02.04.2021	Zum aktuellen Verfahrensstand keine Bedenken und Anregungen.	Kenntnisnahme	

Keine eingegangenen Stellungnahmen von:

- EnBW ODR, Ellwangen
- Telefonica Germany GmbH & Co. OHG, München
- Blauwald GmbH & Co. KG, Heidenheim-Nietheim
- Regierungspräsidium Tübingen, Landesbetrieb Forst Baden Württemberg
- Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden Württemberg (LGL), Referat 52 Topografie, Dienststelle Karlsruhe
- Zweckverband Wasserversorgung Egau
- Wasserverband Egau
- Gemeindeverwaltung Nattheim
- Stadtverwaltung Neresheim
- Verwaltungsgemeinschaft Ries
- Verwaltungsgemeinschaft Syrgenstein
- Verwaltungsgemeinschaft Wittislingen

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Beteiligung der Öffentlichkeit	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
Privatperson 1	04.03.2021	<p>Telekom bezgl. Mastabbau:</p> <p>Breitband:</p> <p>Ausbau Straße 30er Zone:</p> <p>Parkflächen:</p> <p>Straßenbeleuchtung:</p> <p>Baumbestand:</p> <p>Räumdienst im Winter: Die neu ausgebauten Straße „Mühlbergstraße“ ist weiterhin so auszuführen, dass keine Beeinträchtigungen der Privatgrundstücke durch Eindringen von Schmelzwasser erfolgt. Dies sollte beim Ausbau der Straße berücksichtigt werden.</p> <p>Straßenausbau:</p>	<p>Dazu können genauere Angaben erst getroffen werden, wenn parallel zu den Ausführungsplanungen die Telekom bezgl. der Erschließungsarbeiten informiert und abgefragt werden.</p> <p>Im Zuge der Erschließungsarbeiten werden hier Leerrohre für die spätere Breitbandversorgung mitverlegt.</p> <p>Die Festlegung für die Errichtung einer 30er Zone in der Mühlbergstraße wird im Rahmen einer Verkehrsschau stattfinden.</p> <p>Es sind keine Parkbuchten vorgesehen. Das Parken von Fahrzeugen findet im Rahmen der Straßenverkehrsordnung auf der Straße statt.</p> <p>Die notwendige Straßenbeleuchtung wird im Zuge der Erschließungsarbeiten vorschriftsmäßig errichtet.</p> <p>Der Erhalt des Baumbestandes und dessen Erweiterung wird im Zuge der Relevanzprüfung untersucht und festgelegt.</p> <p>Kenntnisnahme und Berücksichtigung</p> <p>Im Zuge des neuen Ausbaus der Mühlbergstraße werden die betroffenen Hofflächen angepasst.</p>	

Vorgetragene Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Einbeziehungssatzung vom 08.01.2021

Beteiligung der Öffentlichkeit	Stellungnahme vom	Anregung	Stellungnahme Vorschlag Verwaltung und Planer	Entscheidung Gemeinderat am 31.05.2021
		<p>Einfriedungen:</p> <p>Zaunlast:</p> <p>Artenschutz:</p> <p>Bauwagen: Die Zukunft der Jugendlichen sollte durch den Erhalt des vorhandenen Bauwagens, welcher sich südlich von dem geplanten Baugebiet befindet, gesichert werden.</p>	<p>Die Einfriedungen der einzelnen Privatgrundstücke erfolgen u. a. laut den Festsetzungen der LBO Baden-Württemberg und dem Nachbarschaftsrecht von Baden-Württemberg.</p> <p>Festlegungen von Zaunlasten werden in der Einbeziehungssatzung "An der Halde/Mühlbergstraße" nicht festgelegt und sind so auch nicht vorgesehen.</p> <p>Das Aufkommen von Tieren wird im Zuge der artenschutzrechtlichen Relevanzprüfung durchgeführt und untersucht.</p> <p>Nicht betroffen.</p>	